

p.B.15.11.R.(14). - JR/di

Bern, den 12. Februar 1964

Aktennotiz

Ma L

Ostkontakte

Am 12. Februar 11 Uhr empfängt der Departementschef Herrn Regierungsrat Bauder, Herrn Stadtpräsident Freimüller und Herrn Stadtpräsident Kopp (Luzern). Die Herren haben den Wunsch geäußert, sich mit Herrn Bundesrat Wahlen wieder einmal über schweizerischen Ostkontakte zu unterhalten.

Herr Regierungsrat Bauder skizziert die "immer gleichen Schwierigkeiten" : Die Bundesbehörden erteilen die Einreisevisa und die Kantone und Gemeinden müssen sehen, wie sie mit den kulturellen Veranstaltungen fertig werden. Es gibt immer wieder Widersprüche, auch zwischen den Kantonen. B. erinnert an die Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Reverdin und an das Exposé von Herrn Bundesrat von Moos anlässlich der Polizeidirektorenkonferenz in Liestal im Herbst 1962, die eine Harmonisierung bezweckten. Vielleicht sollten wir uns mit der Sowjetunion zu einem Kulturabkommen durchringen. Es geht nicht an, dass der Kulturaustausch sich auf einer Einbahnstrasse bewegt. Bezüglich des Auftretens des Roten Chores anerkennt Herr Bauder, dass es sich um einen Spezialfall handelt. Zur Zeit liege beim Stadttheater Bern ein Angebot für eine Aufführung des Bolchoi für anfangs Juni. Die Regierung befinde sich in einer unbequemen Lage. Es könnte zu Demonstrationen kommen. B. ist (stur) gegen eine Bewilligung. [Einerseits möchte er offenbar bundesrätliche Ratschläge, andererseits aber auch auf seinen vorgefassten Meinungen beharren.]

- 2 -

Herr Stadtpräsident Freimüller erläutert die besondere Lage der Stadt Bern als Sitz der diplomatischen Vertretungen; diejenigen der Oststaaten zeichnen sich durch eine starke Aktivität ab. Die städtischen Behörden würden auch sehr viel eingeladen und müssten diesbezüglich grosse Opfer bringen. F. nimmt Bezug auf den Bundesratsbeschluss, wonach die Bundesräte sich nicht mehr an diplomatischen Empfängen vertreten lassen (wobei er offenbar den Beschluss zu extensiv auslegt). Was die Ostkontakte angehe, habe sich die Stadt zur Zeit mit zwei Problemen zu befassen :

1. dem Bolchoi: Hier ist Herr Freimüller für eine Bewilligung. Es handle sich um eine alte russische Tradition.

2. dem allfälligen Besuch des Moskauer Stadtrates, im Anschluss an den Aufenthalt in Genf. F. erinnert daran, dass 1947 eine von ihm präsiidierte Dreierdelegation des Gemeinderates an der 800 Jahrfeier Moskaus teilnahm. Der sowjetische Botschafter habe unter Bezugnahme auf diese seinerzeitige Reise angefragt, ob die Moskauer Stadträte in Bern empfangen werden könnten. Herr Freimüller ist eher positiv eingestellt.

Herr Stadtpräsident Kopp gibt bekannt, dass am 28. Januar Botschaftssekretär Suslin bei ihm gewesen sei,

1. um ebenfalls eine Einladung des Moskauer Stadtrates zu provozieren und
2. um einen Besuch von Botschafter Lotchakov vorzubereiten.

ad 1) erklärt Herr Kopp, er habe Suslin keine Hoffnungen gemacht; [der luzernische Stadtrat ist einhellig dagegen].

ad 2) Luzern kennt nicht eigentliche offizielle Besuche, höchstens offiziöse oder im Zusammenhang mit den Festwochen.

- 3 -

Herr Bundesrat Wahlen beantwortet die aufgeworfenen Fragen wie folgt:

1. Die bundesrätliche Auffassung hat sich seit der Interpellation Reverdin nicht geändert. Eine interkantonale Harmonisierung wäre sehr zu begrüssen. Das Auftreten des Roten Chores war ein Sonderfall. Die daraus entstandene Diskussion hat auch ihre guten Seiten, wie beispielsweise das öffentliche Gespräch am Runden Tisch in Zürich gezeigt hat.

2. Der Abschluss eines Kulturabkommens kommt ganz grundsätzlich nicht in Frage. Die Schweiz will überhaupt keine Kulturabkommen schliessen; als Kleinstaat sässe sie immer am kürzeren Hebelarm.

3. Die Frage einer Bolchoi-Aufführung liegt anerkanntermassen in der Kompetenz des Kantons und der Stadt. Es handelt sich aber um ein eindeutig kulturelles Ereignis. Ein Verbot würde schlecht zu den Harmonisierungsbestrebungen passen,

4. Der Departementschef hat Verständnis, wenn Luzern (wo das Argument der Gegeneinladung nicht spielt) den Moskauer Stadtrat nicht will. Für Bern ist die Lage etwas anders, und es sollte möglich sein, ohne viel Publizität eine Gegeneinladung abzuwickeln.

5. Der Departementschef erläutert die Praxis insbesondere das pro und contra der offiziellen Besuchen von Botschaftern bei Kantonsregierungen. Selbstverständlich sind die Kantone und Städte frei, aber eine allzu negative Einstellung sollte vermieden werden. Andererseits ist es an den Gastgebern Form und Stil solcher Empfänge entsprechend ihren Traditionen zu bestimmen.

Kopie dieser Notiz geht an  
- Herrn Gagnebin  
- Schweiz. Botschaft Moskau

**EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT**  
**Politische Angelegenheiten**  
I.A.

*Jenn*